

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 49 (1969-1970)
Heft: 6

Artikel: Im Schatten der Mondlandung
Autor: Fabius
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-162311>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 08.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kommentare und Berichte

IM SCHATTEN DER MONDLANDUNG

Der Erfolg des *Apollo-11-Unternehmens* hat diesen Sommer alle politischen Geschehnisse überschattet. Die erste Landung von Menschen auf dem Mond ist in den vergangenen Wochen als historische Tat und als Ereignis des Jahrhunderts stürmisch gefeiert worden, und in den Chor der Euphorie haben sich – angesichts der zahllosen, ungelösten irdischen Probleme nicht unerwartet – Stimmen der *Mahnung und Kritik* gemischt. In den Vereinigten Staaten hat man sich bemüht, die Mondlandung vor allem als Triumph menschlichen Geistes und wissenschaftlicher Leistung zu feiern. Die nationale Komponente trat dabei, trotz Hissung des Sternenbanners im öden Meer der Stille, in den Hintergrund.

Wettrennen im All

All diese Versuche, den eigenen nationalen Stolz zu dämpfen, können jedoch nicht vergessen machen, dass die Mondlandung der Amerikaner das Resultat eines mehr als zehnjährigen hart geführten Wettlaufes zwischen den USA und der Sowjetunion ist. Den Startschuss zu diesem Rennen gab die Lancierung des ersten künstlichen Satelliten, *Sputnik 1*, durch die UdSSR am 4. Oktober 1957. In den kommunistisch regierten Ländern ist dieses Ereignis damals als Erfolg des überlegenen sozialistischen Gesellschaftssystem gefeiert worden. Während der Ära Chruschtschew wurde die Sowjetpropaganda nicht müde, den Vorsprung Russlands in der Raumfahrt agitatorisch auszuwerten, um politisch einiges

Kapital daraus zu schlagen: so vor allem bei der Amerikareise des sowjetischen Ministerpräsidenten im September 1959, die von der harten Landung von Luna 2 auf dem Mond begleitet wurde. Die Vereinigten Staaten haben unter dem Schock der so eindrücklich demonstrierten sowjetischen Überlegenheit in der Erforschung des Kosmos die Herausforderung angenommen. Am 25. Mai 1961, mehr als dreieinhalb Jahre nach dem Start von Sputnik 1, setzte Präsident Kennedy unter dem Eindruck des ersten bemannten Raumfluges der Russen der amerikanischen Nation das Ziel, vor 1970 einen Menschen auf dem Mond zu landen und wieder sicher zur Erde zurückzubringen. Die USA haben ihren Zeitplan eingehalten und dabei im Wettlauf nach dem Mond die Sowjetunion Mitte der sechziger Jahre überholt; die mysteriöse Mission des Mondfahrzeuges Luna 15, das die Russen unmittelbar vor Apollo 11 starteten und das während des Aufenthaltes der beiden amerikanischen Astronauten Armstrong und Aldrin auf dem Mond 800 Kilometer von deren Landeplatz entfernt im Meer der Krisen zerschellte, hat die gegenwärtige Überlegenheit der Vereinigten Staaten – wenigstens im Bereich der Monderforschung – nur noch verdeutlicht. Der Versuch, mit Luna 15 den Amerikanern die Mond-Show zu stehlen, ist – sofern eine solche Absicht tatsächlich bestand – missglückt.

Nixons Weltreise

Präsident Nixon hat den Erfolg im Weltraum sofort in politische Münze umzu-

wechseln versucht. Der Flugzeugträger «Hornet» im Pazifik, der die Kapsel mit den Astronauten barg, wurde zum Ausgangspunkt einer Reise, die den amerikanischen Präsidenten während elf Tagen rund um die Erde führte. Im Mittelpunkt standen Gespräche mit Politikern in den Hauptstädten der Länder *Asiens*. Ähnlich wie die Europareise Nixons im Frühjahr handelte es sich zunächst um eine *Fact-finding-mission*, zu welcher der Apollo-11-Erfolg den nötigen Rückhalt schuf.

Nixons Position ist nicht einfach. Er hat im vergangenen Jahr seine Präsidentschaftskampagne zwar zurückhaltend geführt und sich zu keinen konkreten Versprechungen über eine neue Politik in Südostasien herbeigelassen. Aber er verdankt seinen Erfolg am 5. November doch zu einem wesentlichen Teil der Erwartung des Wählers, mit einem neuen Mann im Weissen Haus sei die Liquidierung des Vietnamkrieges – selbstverständlich unter vernünftigen und ehrenhaften Bedingungen – leichter zu erreichen als mit einem Gefolgsmann Präsident Johnsons. Die Praxis hat erwarteterweise gezeigt, dass es leichter ist, grundsätzlich für eine Beendigung des amerikanischen Engagements zu sein, als diesen Rückzug auch in der Praxis durchzuführen. Mit seinem Entschluss auf *Reduktion* des amerikanischen Expeditionskorps in Südvietnam um 25 000 Mann hat Nixon einen ersten Schritt getan. Von der Gegenseite ist ihm dies bisher nicht honoriert worden – im Gegenteil: die Fronten an der Pariser Vietnamkonferenz, die nun seit bald anderthalb Jahren ohne greifbare Ergebnisse tagt, scheinen verhärteter als je.

Es ist noch zu früh, die Auswirkungen von Nixons Besuch in Asien in ihrer vollen Tragweite zu übersehen. Die Erklärungen des Präsidenten während der Reise waren widersprüchlich. Aber alles deutet darauf hin, dass er entschlossen ist, das Engagement in Südostasien abzubauen und die Vereinigten Staaten in ihre Rolle als pazifische Macht zurückzuführen, deren Interessen auf dem asiatischen Kontinent peripherer und nicht vitaler Natur sind. Eine solche Politik wird sich freilich erst dann

verwirklichen lassen, wenn der Vietnamkrieg beendet ist; vorher werden sich alle Bemühungen um die Schaffung einer neuen spezifisch auf Asien zugeschnittenen Doktrin der amerikanischen Aussenpolitik mehr oder minder im abstrakten Raum von *Hoffnung und Spekulation* bewegen.

Der amerikanische Präsident hat seiner Reise mit dem Zwischenhalt in *Bukarest* einen spektakulären Abschluss verschafft. Der Empfang in der rumänischen Hauptstadt war von überbordender Herzlichkeit. Manches davon mag auf Konto der landesüblichen Gastfreundschaft gehen – aber im ganzen war der Besuch in Rumänien doch eine eindrückliche *politische Demonstration*. Der Kreml hat sich bisher in seiner Reaktion gemässigt gezeigt; ausser einigen kritischen Worten an die Adresse der notorisch unbotmässigen rumänischen Führung blieb Moskau stumm. Die Presse in der Sowjetunion und ihren Satellitenländern war offensichtlich angewiesen worden, die Bedeutung des Ereignisses, dass zum ersten Mal seit 1945 ein amerikanischer Präsident wieder seinen Fuss auf den Boden eines kommunistischen Landes setzte, herabzumindern. Im Vorfeld des Jahrestages der Invasion der Tschechoslowakei scheint sich der Kreml keine spektakulären Aktionen in Osteuropa gestatten zu wollen – was freilich nicht heisst, dass eines Tages nicht einmal in Moskau eine Richtung die Oberhand gewinnen könnte, die den Wunsch hat, das rumänische Konto zu begleichen ...

Neue sowjetisch-chinesische Konfrontation

Dass der Spielraum der Sowjetunion weiterhin eingeengt bleibt und sie bei irgendwelchen Aktionen in Europa stets auch auf die Situation an ihren asiatischen Grenzen Rücksicht nehmen muss, zeigte der neue chinesisch-sowjetische Grenzüberschreitungsfall vom 13. August. Während in der ostsibirischen Stadt *Chabarowsk* weiterhin Delegationen der beiden Länder um die Beilegung der Zwischenfälle vom vergangenen Frühjahr verhandeln, kam es

plötzlich in *Zentralasien* zu schweren Feuergefechten, bei denen wie üblich jede Seite der andern die Schuld zuschob. Das plötzliche Aufflammen von Unruhen gerade an diesem Grenzabschnitt ist zweifellos ein Zeichen dafür, dass sich die Gegensätze weiter gesteigert haben. Nun handelt es sich nicht mehr um ein Aufeinanderschlagen «hinten weit in der Chinei», wie im März am Ussuri, sondern um Kämpfe in relativer Nähe militärisch wichtiger Positionen Russlands und Chinas. Im Gebiet von *Semipalatinsk* liegt das sowjetische Raketenversuchsgelände; auf chinesischer Seite befindet sich in *Lop Nor* das Atomzentrum der Chinesen. Eine übersteigerte Dramatisierung der Ereignisse wäre zwar wohl verfehlt, denn es gehört zur asiatischen Tradition, Gegensätze mit dem Mittel sorgfältig dosierter Grenz zwischenfälle anzustacheln und dann wieder abklingen zu lassen. Aber bereits die Tatsache, dass diese üblichen Schiessereien durch breite Publizität zum grossen Politikum werden, zeigt unmissverständlich, dass die chinesisch-sowjetische Konfrontation sich weiter verschärft.

Neubeginn in Frankreich und Italien

Das neue Regime, das in Frankreich mit der Wahl von *Georges Pompidou* zum Präsidenten der Republik einsetzte, hat seine erste wichtige Entscheidung getroffen. Am 8. August wurde unvermittelt die *Abwertung* des französischen Franc um 12,5 Prozent bekannt gegeben und damit eine Operation nachgeholt, gegen die sich *General de Gaulle* im vergangenen Herbst mit Händen und Füßen gewehrt hatte. Die wirtschaftlichen Notwendigkeiten haben sich damit auf die Dauer als mächtiger erwiesen als der Drang nach Prestigewahrung. Frankreichs Schritt deutet an, dass die neuen Herren entschlossen sind, künftig mit grösserer Nüchternheit und Sinn für Realität an die Lösung der Probleme heranzutreten als ihr Vorgänger. Ob sich damit auch in andern Bereichen eine Abkehr vom Kurs de Gaulles anbah-

nen wird bleibt freilich heute noch dahingestellt. Die berühmte «Stunde der Wahrheit» hat noch nicht überall geschlagen.

Italien hat nach langen Verhandlungen eine neue Regierung. Aus der fast ausweglosen Situation eröffnete sich schliesslich als einziger gangbarer Weg die Bildung eines von den Sozialisten tolerierter Minderheitskabinett der *Democrazia Cristiana*, deren Führung wiederum der am 5. Juli zurückgetretene Ministerpräsident *Rumor* übernimmt. Damit ist, vorläufig wenigstens, eine grössere Krise abgewendet, die leicht das ganze staatliche Gefüge hätte in Mitleidenschaft ziehen können. Die sozialen und politischen Probleme freilich, an denen Italien krankt, sind durch die auf Zeitgewinn angelegte «Monocolore»-Regierung nicht aus der Welt geschafft; sie werden das Land und seine Regenten weiterhin harten Belastungsproben aussetzen.

Unruhen in Nordirland

Die Unrast im nordirischen Teil des Vereinigten Königreiches ist in den ersten Augustwochen in jäher Aufwallung überbordet. Die Spannung in dem von *Protestanten* beherrschten *Ulster* hatte schon im Frühjahr einen Höhepunkt erreicht, als die *katholische Minderheit* in immer lauterer und unmissverständlicher Art die politische Gleichberechtigung forderte und damit auf protestantischer Seite eine Gegenaktion auslöste, die rasch übers Ziel hinausschoss.

Vor diesem Hintergrund konfessioneller Streitigkeiten, die schlecht ins Bild eines christlichen Ökumenismus passen, steigerten sich in den letzten Wochen die politischen Leidenschaften in Nordirland in einen *bürgerkriegsähnlichen Zustand* hinein, dessen Motive anachronistisch anmuten. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass das irische Problem, das jahrzehntelang wie ein Bleigewicht die britische Politik belastete, mit Gewalt und Terror nicht zu lösen ist. Immerhin glaubte man, dass durch die *Teilung* der Insel und das Aus-

scheiden des katholischen Südirland aus dem Empire und die Lockerung der Bindungen zum Vereinigten Königreich ein *modus vivendi* gefunden worden sei. Die jüngsten blutigen Auseinandersetzungen, die mit einer an vergangene Zeiten erinnernden Intoleranz geführt wurden, zeigen,

dass die irische Frage, wenn auch in ihren Dimensionen gegenüber dem letzten Jahrhundert wesentlich reduziert, noch nichts von ihrer zerstörerischen Sprengkraft verloren hat.

Fabius

DIE RESTALINISIERUNG

Die Abkehr von Stalin 1956

Anlässlich des XX. Parteikongresses von 1956 hielt Chruschtschew in einer geschlossenen Sitzung seine bekannte Rede, den Bericht «Über den Personenkult und seine Folgen», die eine Abrechnung mit Stalin darstellt. Damit schloss die mit dem Tode des Diktators begonnene Periode der «stillen Entstalinisierung» ab, die Zeit, die Schriftstellern, Gelehrten und selbst dem Volk tatsächlich ein Minimum an Freiheit gebracht hatte.

Die Abkehr von Stalin hatte besondere Ziele: Die Person wurde geopfert, um das Werk zu erhalten, wie westliche Experten zu Recht feststellten. Innenpolitisch sollten die Angriffe Chruschtschews den Boden stärken, auf dem die neue Führung stand. Aussenpolitisch wurde ein Sündenbock geschaffen für alle im Westen offen oder verschleiert geäusserten Missbilligungen des politischen Kurses der UdSSR. Dank einer geschickten Propaganda erreichte der Kreml sein Ziel. Nicht einmal die Tatsache, dass der Grund, auf dem Chruschtschew seine Stellung aufgebaut hatte, die Liquidierung des «Personenkults» und der Konzentration aller Macht in einer Hand, allmählich illusorisch wurde, konnten das in der freien Welt verbreitete Märchen von der Liberalisierung in der Sowjetunion umstossen.

Erst der Schreck, den die Besetzung der zur Demokratisierung neigenden Tschechoslowakei auslöste, scheint die Erkenntnis gebracht zu haben, dass die Periode der sogenannten «Entstalinisierung» aufge-

hört und die der Restalinisierung, des verschärften politisch-polizeilichen Kurses, begonnen hat.

Was die negative Stellungnahme der westlichen kommunistischen Parteien zum tschechoslowakischen Abenteuer der UdSSR angeht, so ist neben aufrichtiger Verurteilung wie in Jugoslawien oder Unbehagen wie in Italien und Rumänien auch Fälschung mit im Spiel. Die Parteiführer waren gezwungen, Moskau zu kritisieren, um ihre Anhängerschaft nicht etwa Mao in die Arme zu treiben. In Schweden zum Beispiel glaubt niemand, dass der – wohlhabende – Kommunistenführer *Carl-Henrik Hermansson* es mit seiner Forderung, die schwedische Regierung solle als Reaktion auf die Prager Ereignisse ihren Botschafter aus Moskau abberufen, ernst meinte. Dieser als Mitstreiter Stalins im goldenen Zeitalter vor 1953 bekannte Politiker war bemüht, aus dem drohenden Konkurs – vor den Parlamentswahlen – das zu retten, was noch zu retten war. Der Kreml hat ja auch nichts gegen ihn unternommen, was sonst bei offenem Ungehorsam die Regel ist.

Erste Anzeichen der Restalinisierung

Die Restalinisierung *musste* einmal kommen. Das mit der Verdammung des Diktators erweckte Freiheitsstreben drohte dem Kreml die Zügel aus der Hand zu reißen und den Kommunismus im In- und Ausland auf Bahnen zu lenken, die Moskau abträglich sind. Es bemühte sich folge-